

## Ein Wort zur gegenwärtigen Lage.

In allen Berufsständen macht sich mehr und mehr das Bestreben geltend, neben der Erringung besserer Lebenshaltung auch solchen Normen die Wege zu ebnen, welche eine Aussprache zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft bei der Festlegung der gegenseitigen Verpflichtungen ermöglichen. Das Abschließen von Kompromissen erweitert sich als eine zwingende Notwendigkeit, um einen Beruf vor wirtschaftlicher Demoralisierung zu bewahren, um schadhafte Auswüchse zu bekämpfen und hierdurch den Angehörigen irgend eines Berufes nicht von der Hand zu weisen Vorteile zu bieten. Die sogenannten Tarifgemeinschaften, planmäßig und gleichberechtigt eingerichtet, halten aller abspredenden Kritik Stand und werden in Zukunft auch bei denjenigen als ein Akt sozialer Selbsthilfe beachtet werden, welchen zur Zeit noch eine derartige „Interessengemeinschaft“ zwischen Kapital und Arbeit mehr als verdienst ist.

Der Zusammenschluß der Arbeiter erscheint nicht nur zweckdienlich, um dadurch ungerechten Ansinnen des Unternehmertums einen Damm entgegenzusetzen, sondern auch, um durch aus dem Kreise der Gewerkschaftsmitglieder gewählten Vertrauenspersonen den beruflichen und allgemeinen Arbeitsmarkt ständig sondieren zu lassen und auf Grund des hierbei gewonnenen Materials zu disponieren zum Nutzen der Gesamtberufsklasse. Da bekanntlich letzteres Bestreben im Laufe der Zeit auch seitens der Unternehmer als eine sich lohnende Aufgabe eingeklagt wurde und noch wird, so darf es nicht wundern, daß vernünftig und unbefangenen urteilende Unternehmer und Arbeiter der Bedanke befehle, die gewerblichen Erfahrungen sich zu Nutzen zu machen, sie als eine Brücke zu betrachten, mittels derer sich eine Verständigung in beiderseitigem Interesse bewerkstelligen lasse und tatsächlich läßt. Diejem Verständnisje verdanken wir im Buchdruckgewerbe die tariflichen Rechtszustände.

Das eine Arbeiterorganisation, wie beispielsweise der Buchdruckerverband, über Institutionen im vorstehend angezeigten Sinne zu verfügen, ist er also in der Lage, zu jeder Zeit den Stand des Berufes zu erkennen, dann gilt zweifelsohne für den Verband die Pflicht, demgemäß in der Praxis zu verfahren. Die führenden Kreise in der Organisation haben daher ungeklärten den Wünschen oder der Phantasie der Berufsangehörigen entsprungen berufsgerichtlichen Abänderungsvorschlägen ein von nackten Tatsachen zugehen Gegenbeweismaterial vor Augen zu führen, welches allerdings die Antragsteller mitunter etwas enttäuscht oder, was auch vorkommen soll, noch starkspöttiger und eigensinniger macht.

Nun zwingen gerade die Institutionen im Buchdruckgewerbe die Gesamtheit (Prinzipale und Gehilfen) zu gegenseitigen Konzessionen, die hüben wie drüben wohl vereinzelt als zu gering oder zu weitgehend verworfen werden; die getroffenen Abmachungen gelten aber mit Recht als Richtschnur für die Masse und da steht der gesunde Kern der tarifgerichtlichen Vereinbarungen. Derlich beschränkten Mehrfordernissen kommt man ja durch Festlegung von Lokalschlüssen entgegen. Eine freiwillige Aufbesserung der gültigen tariflichen Entlohnungsgrundlagen wird selbstverständlich keinem Unternehmer verwehrt, eher zur Pflicht gemacht, wohl aber sollten Prinzipale und Gehilfen die Ignoranten unablässig und straffe auf Innehaltung bzw. Erreichung der zur Zeit bestehenden gewerblich allgemeinverbindlichen Rechtslage mit allen erlaubten Mitteln drängen.

Darf ein praktischer Teil eines Gewerbes, wie unser Verband, die Kenntnis der Lage des Arbeitsmarktes und aller diesen betreffenden Momente selbstbewußt auf Grund der eignen und gemeinschaftlich mit den Unternehmern geschaffenen Einrichtungen sich zusprechen, dann sollen es die Verbandsangehörigen nicht mit Argwohn begrüßen, wenn die amtierenden, aus ihrem Willen hervorgegangenen Kenner der Berufssituation (Zentralvorstand, Redaktion, Tarifvertreter usw.) sich die Freiheit nehmen, mit einer Dolis Diskretion ihre Bewegungen zu umgeben. Auch die oft zu beobachtende referierte Haltung vorstehend bezogener Personen in der Durchdringung örtlicher Wünsche, soweit sie besonders für die Allgemeinheit mitbestimmend in Frage kommen, verdient keine vorurteilvolle Opposition, sondern ein vertrauensvolles Verständnis.

Eine unzeitgemäße, sich mit dem Gange des einmal herrschenden allgemeinen berufstechnischen und sozialen Gegenwartszustandes nicht bedende Gegenströmung vermög bei nicht rechtzeitiger energischer Abwehr wohl ein durch mißbevolle Arbeit gefährdetes wirtschaftliches Gleichgewicht aus der Bilanz zu heben, was ohne Zweifel viel leichter ist, als die Fundierung und der Ausbau gemeinnütziger, für die Organisation von finanziellem und moralischem Dauererfolge begleiteten Abschlüsse. Ein Niederreißen des tarifgemeinschaftlichen Gebäudes im Buchdruckgewerbe würde denn auch nichts andres be-

deuten als ein gesundes Stück Kulturarbeit mit Füßen treten — zum Schaden des Berufes.

Die Verbandsmitglieder sind deshalb in Berücksichtigung des vorhin Gesagten verpflichtet, ihrerseits den Verkehr mit den amtierenden Personen dergestalt deutlich und wahrheitsgemäß zu pflegen, daß seitens letzterer weder eine Ueber- noch Unterschätzung des disponiblen Gehendruckes bei vorkommenden Abänderungen der mit den Unternehmern abgeschlossenen Rechtsverhältnisse in Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitspreise und was damit zusammenhängt untrüglich ausgeschlossen ist.

Die örtlichen Vertrauensleute müssen stets eingebend sein, daß sie die Pflicht und das Recht haben, alle erhobenen Forderungen der Mitglieder eingehend auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen und, unbekümmert um eines in petto stehenden scheelen Ansehens der etwa gegenteilig beschließenden Kollegen, einen nicht irreführenden Kommentar auszusprechen und mit den gestellten Forderungen an die vorgezeichnete Instanz zu überliefern. Und wohlgerne: nicht das, was der Augenblicksenthusiasmus, was ein Strohfeuer ausflammen läßt, bedarf der Beachtung und Unterstützung, sondern durchgeprüfte, mit der Lage des ganzen Arbeitsmarktes in Einklang zu bringende Forderungen auf Besserung der bisherigen Positionen. Diese Anschauungen stingen vielleicht etwas „unmodern“, aber was nicht alles „Moderne“, wenn der lieben Praxis es beliebt, das heute „Moderne“ morgen in die Kumpelkammer zu werfen.

Darum sei gehalten an der Tarifgemeinschaft, dem goldenen Mittelwege, der bis heute noch immer die besten Früchte reifen ließ, trotz des Prästales „berumpft“ oder „rückständig“, mit denen man die Verfechter dieser Richtung in „moderner“ Stilart so gern feinzichnet.

Erfreulicherweise kann ein Einklenken der deutschen Gewerkschaften in dieses Fahrwasser mehr und mehr bemerkt werden, wovon in letzter Zeit der Ausgang der Buchbinderbewegung beredtes Zeugnis ablegt. Möge daher auch der deutsche Buchdruckerverband bei seiner jetzigen Tarifbewegung sich aus der beschrittenen Bahn nicht herausdrängen lassen, handle er auch fürderhin im Rahmen der Tarifgemeinschaft, im Sinne steter Bessergestaltung unserer wirtschaftlichen Lage — zum Wohle des Einzelnen und der Allgemeinheit.

Bonn. Heinrich Schneider.

## Korrespondenzen.

**Deutscher (D.-Schl.).** Die zweite diesjährige, am 28. Oktober abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich einer recht zahlreicheren Beteiligung zu erfreuen. Der Bezirksvorsitzende Selzer eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Begrüßungsansprache, in welcher er auf die Wichtigkeit der Tagesordnung hinwies. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Bezirksversammlung nahm der Gehilfenvertreter Schlag-Breslau das Wort. In einem dreiviertelstündigen Vortrag referierte derselbe über die Segnamaschinen, ihre Leistungen und Verbreitung, sodann ging er auf die Sanvorsteherkonferenz in Berlin ein. Im Anschluß hieran kam der Referent auf die nächstjährige Tarifrevision zu sprechen und forderte die Mitglieder auf, sich in dieser Sache zu äußern, damit die Gehilfenvertreter die Wünsche der einzelnen Bezirke kennen lernen und demgemäß ihren Standpunkt dazu einnehmen. Eine lebhafte Debatte endete mit folgender Resolution: „Die heutige, in Deutchen von etwa 80 Mitgliedern besuchte Bezirksversammlung erucht den amwesenden Gehilfenvertreter, für eine Erhöhung der Grundposition um 15 Proz. in Anbetracht der gesteigerten Lebensverhältnisse im Industriebezirke bei der nächstjährigen Tarifrevision einzutreten.“ Der nächste Punkt: Gründung eines Arbeitsnachweises für Oberhessien, führte zu einer längeren Debatte. Man war sich darüber schlüssig, daß die Einrichtung eines ständigen Arbeitsnachweises des großen Kostenanpruches und geringer Zahl von tariftreuen Druckerinnen wegen sich nicht empfiehlt, jedoch soll den tariftreuen Druckerinnen die Möglichkeit gegeben werden, sich im Bedarfsfalle mit Arbeitskräften zu versehen durch den Bezirksvorsitzenden Selzer oder auch Kollegen Eschner, welche in der Druckerei Keil-Deutchen von 1/8 bis 11 Uhr vormittags telefonisch angerufen werden können. Sollten sich keine Arbeitskräfte am Orte befinden, so können sich die Druckerinnen an den Gehilfenvertreter Schlag in Breslau wenden. Nachdem für die Teilnehmer an der Bezirksversammlung die Dänen festgesetzt worden, eruchte der Vorsitzende Selzer energisch, das Restieren der Beiträge doch so viel als möglich vermeiden zu wollen. Hierauf nahm Kollege Schlag-Breslau das Schlusswort und forderte die Mitglieder auf, fest zusammen zu halten. Er schloß mit einem dreisachen Hoch auf den Verband. Nach Schluß der Versammlung vereinigten sich die Kollegen in der Gambinushalle zu einem gemeinschaftlichen Essen.

**Bremen.** (Hauptversammlung vom 4. November.) Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Estar Baumgarten und eruchte, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen zu erheben, was geschah. Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß er das im vorigen Berichte erwähnte Formular des Prinzipalvereins an den Zentralvorstand abgegeben, welcher das Material dem Tarif-Amt unterbreitet habe. Der Vorstand habe sich wegen des Bestehens des bisherigen Verkehrsvertrages verhalten, welchen der Verkehr nach H. Wendfeld zu verlegen. Der in voriger Versammlung ausgewählte Kollege Rosen-thal habe trotz mehrmaliger Aufforderung seitens des Vorstandes keine Beiträge bezahlt und könne daher nicht als Mitglied betrachtet werden. Der vom Berufe abgegangene Kollege Heinz, der Mitglied hatte bleiben wollen, mußte wegen Restierens ausgeschlossen werden. Der vom Militär zurückgekehrte Kollege Steinweg trat bei Erdmann in Kondition und wurde ausgeschlossen, während ein vor demselben dort in Kondition getretenes Mitglied seine fernere Mitgliedschaft dem Ausschusse vorzog und aufhörte. Das Tarifgerichtsamt hat sich konstituiert und sind seitens der Prinzipale Herr Viktor Hauschild, seitens der Gehilfen Kollege Rosen-lechner als Vorsitzende gewählt. Wegen die Wahl des Herrn Erdmann als stellvertretendes Schiedsgerichtsmitglied haben die Gehilfenmitglieder Protest beim Tarif-Amt eingelegt. Den Aufnahmegesuchen von drei neu ausgewählten Kollegen wurde stattgegeben. Die vom Kassierer sowie vom Revisorverwalter verlesenen Quartalsabrechnungen wurden als richtig genehmigt. Es fand ein Antrag Annahme, der die Kollegen v. Känel, Hoppelmann, Samädade und Schloffer, die noch Verpflichtungen der Bibliothek gegenüber haben, mit dem Ausschlusse bedroht. Am ersten Weihnachtsfeste soll eine Weihnachtsfeier im obem Livoliitale stattfinden, wozu 200 Mk. bewilligt wurden. Da der Kollege Dahn am 6. Januar sein fünfzigjähriges Buchdrucker-Jubiläum feiern kann, so wurde beschlossen, ihm gelegentlich der Weihnachtsfeier eine Ehrung zu bereiten. Die Versammlung stimmte diesem freudig zu, da Kollege Dahn als treues und pflichteifriges Verbandsmitglied bekannt ist. Mit dem fünften Punkte der Tagesordnung, Tarifrevision und etwa zu stellende Anträge, soll sich eine am 17. November abzuhaltende Bezirksversammlung beschäftigen. Eine beantragte Statutenänderung wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben. Es wurde noch auf die Buchbinderbewegung am Orte hingewiesen und die Maschinenmeister erucht, keine Arbeiten, die sonst von Buchbindern gemacht wurden, wie Papier schneiden usw., zu verrichten, ebenso möchten dieselben die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen auf den Hilfsarbeiter-Verband aufmerksam machen, der hier am Orte jetzt 22 Mitglieder zählt. — Die Versammlung war sehr besucht und wäre ein bedeutend besserer Besuch für die nächste Versammlung zu wünschen, zumal die Tarifrevision auf der Tagesordnung steht.

**r. Mainz.** Am 20. Oktober fand hierseits eine von etwa 100 Mitgliedern besuchte Bezirksversammlung statt, welche außer geschäftlichen Mitteilungen als Höhepunkt die nächstjährige Tarifbewegung umfaßte. Kollege Zeech eröffnete die Versammlung unter begründeten Worten und gedachte zunächst des Ablebens des am 20. September verstorbenen Kollegen Wilhelm, besonders dessen frühere Tätigkeit in verschiedenen Gewerkschaften und Bezirksämtern hervorhebend. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sigen. Der Revisorverwalter Marschner verlas die Revisitativ für Monat September. Im weiteren wurde dem Bezirksvorstande die Genehmigung erteilt, ein gedrucktes Zirkular an jedes Mitglied abzugeben, worin auf die Folgen wegen selbstverweigerter Konditionslosigkeit aufmerksam gemacht wird, hauptsächlich in Bezug auf das Blaumachen; veranlaßt wurde diese Maßnahme durch die in letzter Zeit mehrfach vorgekommenen Fälle dieser Art. Als Kartellbelegierter wurde Kollege Georg gewählt. Zum Punkte „Stellungnahme zur nächstjährigen Tarifbewegung“ gab Kollege Zeech in einem längeren Referate der Versammlung ein Resümee über die vom Vorstande in Gemeinschaft mit den Vertrauensmännern gemachten Vorschläge bezüglich der zu stellenden Forderungen. Im allgemeinen betonte Redner, daß unter allen Umständen die Lokalschlüsse erhöht werden müßten bzw. das Minimum und die Grundpositionen. Redner präzisiert dies dahingehend, daß es unter den heutigen Lebensverhältnissen kaum noch möglich sei, daß ein verbeirrater Kollege mit dem Minimum, das sowieso schon zum Maximum geworden, auskommen könne. Nicht allein den zum Minimum entlohnenden, sondern auch denjenigen, welche über bessele bezahlt würden, müßte diese Erhöhung zu gute kommen. Mit der Erhöhung der Grundpositionen sei es besonders in den kleineren Orten eine heikle Sache, in erster Linie müßte darauf gedrungen werden, daß auch die Ausnahmestimmungen für Orte unter 6000 Einwohnern fallen. Die Lehrlingskala be-



dürfe einer Verdünnung und zwar dahingehend, daß die Zahl der Lehrlinge vermindert und die für Seper wie Drucker eine gleich hohe sein soll. Um dem immer mehr um sich greifenden Ueberhandnehmen wirksam zu begegnen, müsse auf eine bedeutende Erhöhung derselben gebrungen werden, jedoch mander Prinzipal sich erst bestimmen würde, ehe er zu solch erhöhtem Satze Ueberstünden machen lasse, überhaupt ist dann auch denjenigen Kollegen, welche sich förmlich nach solchen drängen, ein Riegel vorgehoben. Die Ausnahmestimmungen für Drucker, glaubte Redner, seien bei der diesmaligen Tarifberatung ganz leicht abzuschaffen, da dieselben doch nur unbedeutend gehandhabt würden. Kollege Zeeb streifte noch die Segmaschine sowie mehrere bereits schon von anderen Orten im Corr. angeordnete Abänderungen des neuen Tarifes und sprach die Hoffnung aus, daß ein jeder Kollege es für seine Pflicht halten müsse, an dem Tarifwerke mitzuwirken, damit auch etwas ersprießliches erzielt werde. Redner besaß lobte die Ausführungen des Redners. Kollege Bente bedauert den schlechten Besammlungsbesuch bei einer so wichtigen Tagesordnung. Er glaubt, daß die Gauvorsitzer-Konferenz sehr vorsichtig gewesen sei in der Formulierung der zu stellenden Forderungen. Man solle das Hauptaugenmerk auf die Städte unter 6000 Einwohnern richten. Die Lokalzuschläge möge man überall, wo nur irgend möglich, erhöhen, denn die heutigen teuren Lebensverhältnisse bedingten dies. Die Ausnahmestimmungen für Drucker müßten unbedingt verworfen, die Prinzipale hätten dabei eine Hintertüre. Auch der § 32 Absatz 2 des Tarifes müsse eine Aenderung erfahren, ebenso solle man einen Drucker nicht zum Anliegen verpflichten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit halte er vorläufig für undurchführbar. Er richtete noch an die Kollegen ermahnende Worte, daß sie, wenn wir zu Forderungen kämen, auch einig sein müßten, damit etwas herausgeschlagen werden könne. Kollege Born betont, daß mit einer Erhöhung der Lokalzuschläge auch eine solche der Grundpositionen verbunden sein müsse. Man solle die Erhöhungen nicht bloß für die mittleren und größeren Städte erwirken, sondern auch für die Provinz, da dort die Lebensverhältnisse ebenso teuer seien. Die so starke Konditionslosigkeit sei hauptsächlich auf die Segmaschine zurückzuführen, deshalb solle man dieselben das Hauptaugenmerk zuwenden. Kollege Stallbaum glaubt, daß eine minimale Erhöhung der Grundpositionen schon möglich sei und beantragt, eine Kommission zu wählen, welche den Tarif durchgehen soll, um geeignete Abänderungen zu beantragen. Kollege Hauschild schießt sich in einer längeren Rede im großen und ganzen den Ausführungen Zeebs an. Kollege Fr. Conrad schlägt nunmehr eine Reihe Abänderungen verschiedener Paragraphen des Tarifes vor. Die Gültigkeitsdauer des Tarifes solle man von der Bewilligungssatz der Prinzipale abhängig machen, andererseits auf höchstens 2 bis 3 Jahre. Verschiedene Redner äußerten sich noch in dem bereits angegebene Sinne, worauf Kollege Zeeb das Schlusswort erhielt und bemerkte, daß die heutigen Redner im großen und ganzen keine großen Abweichungen gebracht hätten, jedoch habe die ganze Aussprache wahrlich nicht geschadet. Er hat nun nochmals die Besammlungen, sich rege an den Besammlungen wie überhaupt am ganzen Vereinsleben zu beteiligen, damit auch die Tarifrevision 1901 etwas gutes für uns bringe. Nunmehr schritt man zur Wahl einer neungliedrigen Kommission, welche jeden Montag Abend eine Sitzung abhält zur Durchberatung und Entgegennahme von Tarifanträgen. Nach Erledigung einiger Interna wurde die äußerst anregende Besammlung geschlossen.

**Mannheim.** In der gut besuchten Mitgliederversammlung vom 3. November wurde nach Aufnahme eines Kollegen die Abrechnung pro 3. Quartal verlesen, welche mit einem Solido von 3541,31 Mk. abschloß. Der Mitgliederstand betrug 270. Die für das Tarif-Amt angenommene Statistik weist im Jahresdurchschnitt 223 Seper, 45 Drucker und 14 Seper- und 7 Druckerlehrlinge auf. — Der Bericht des Gewerkschaftsstellens brachte nur Punkte von lokalem Interesse. — Erlinghagen wurde, weil er Krankengeld bezog und zu gleicher Zeit in Ludwigshafen arbeitete, nach § 5 c ausgeschlossen.

**K-r. Pforzheim.** Stark besucht, im Verhältnis vorgegangener Jahre, war unsere diesjährige, am 27. Oktober im Gewerkschaftshause abgehaltene Generalversammlung. Von 62 z. B. hier konditionierenden Mitgliedern hatten sich 49 eingefunden, 4 fehlten entschuldigt. Der Vorsitzende eröffnete mit der Begrüßung der Anwesenden die Versammlung und gab den in jeder Beziehung ausführlichen Jahresbericht. Derselben folgten die präzise Abrechnung über die Gutenbergsfeier und die Klassenberichte der Orts- und Gau- sowie der Reisefasse, welche ohne Debatte genehmigt wurden. Der Bericht des Bibliothekars wurde ebenfalls, nach Erledigung einer Anfrage über fehlende Fachzeitschriften, gutgeheißen. Die Remuneration des Vorstandes erfolgte, mit Ausnahme des Schriftführers, einstimmig, wie im Vorjahre. Punkt 7 der Tagesordnung, Wahl des Gesamtvorstandes, brachte eine anregende, teilweise stürmische Diskussion. (Das Resultat der Wahl siehe unter Verbandsnachrichten in Nr. 130). Ein vom Kollegen Fr. Gimm eingegangener Antrag, betr. Veröffentlichung der Generalversammlung im Corr., wurde einstimmig angenommen, worauf in den letzten Tagesordnungspunkt eingetreten wurde, welcher auch wirklich „verschiedenes“ brachte. Kollege Eisenacher gab als Mitglied des Aufsicht-

rates des Gewerkschaftshauses Bericht über denselben eingetretene Mischstände. Die Brauerei Wulle habe sich bereit erklärt, dieselben in kürzester Frist zu beseitigen. Verschiedene unwesentliche Punkte brachten eine derartige Aufregung in die Versammlung, daß sie der Vorsitzende um 1 Uhr unter großer Unruhe schließen mußte. Den 62 hier konditionierenden Mitgliedern wurden 6 bis 7 Nichtmitglieder (Witbe) gegenüber, so daß wir mit diesem Verhältnis sehr zufrieden sein können, da sich die „Witben“ zum Teile aus ausgeschlossenen Mitgliedern und zum andern aus nicht aufnahmefähigen Gehilfen rekrutieren. Von 11 hier bestehenden Druckereien sind 9 tariffrei, in welchen unsere Mitglieder, darunter 3 Prinzipale, konditionieren. Die Druckereien Klöpfer und Zambler sind dem Tarife unzugänglich. Das Gros der hiesigen Gehilfen wird über Minimum bezahlt. Nur in der Buchdruckerei des Pforzheimer Beobachters herrscht (mit Ausnahme von 5 bis 6 Kollegen, welche verantwortliche Stellen einnehmen) nur Minimumlohnung. Infolgedessen findet in genannter Druckerei ein starker Wechsel statt und wollen wir hoffen, daß auch Herr Klemm zu seinem „eigenen Ruß und Frommen“ diesem Wechsel durch baldige Erhöhung der Bezahlungsweise Einhalt gebietet. Auch betreffend Durchführung der bundesrätlichen Bestimmungen bleibt noch in verschiedenen Offizinen zu wünschen übrig, was hoffentlich bis zum nächsten Berichte beseitigt ist.

**Posen.** Wer jetzt noch sagen will, Posen ist die Stadt des finstern Ostens, hat Unrecht. Was vielen Städten des Westens noch nicht zu teil geworden, besitzt Posen, nämlich — Segmaschinen. Herr Jsaac hat sich zwei solche Dinger aufstellen lassen. Und er braucht es auch am nötigsten. Während andere Firmen bei 40 und 50 Gehilfen 7 bis 8 Lehrlinge halten, begnügt sich Herr Jsaac bei 12 Gehilfen mit 11 Lehrlingen, und da diese 11 Lehrlinge wohl nicht genug einbringen, so nahm er eben Segmaschinen, insofern bei den 11 Lehrlingen jetzt mit den Maschinenjägern 5 Gehilfen tätig sind. Dafür stellt aber auch Herr Jsaac bei sofortiger Entlassung keine Verbandsmitglieder ein, sondern nur — — — Gutenberg-Bündler und allenfalls Polen, d. h. wenn letztere wollen. Die Verdienste des Herrn J. um die Bündler bei der vorjährigen Bewegung bei Decker & Co. sind ja bekannt. Dabei ist derselbe noch Vorsitzender im kaufmännischen Vereine für die Dunderländer Richtung. Als zu Anfang dieses Jahres die Bündler in verstärkter Zahl, allerdings unter Preisgabe allen kollegialischen Gefühles, hier einjagten, dachten wir uns, jedes Ding hat ja zwei Seiten. Da die Bündler mit besonderer Berücksichtigung ihrer Vereinsangehörigkeit eingestellt wurden, was wir von uns nicht sagen können, so könnte unsere Stadt tariffreie Druckereien womöglich durch die Bündler erhalten. Wer den Typograph liebt, möchte es glauben, wollen diese Herren doch bei der nächsten Tarifberatung sogar für den Achtstundentag eintreten. Aber o weh! Theorie und Praxis ist zweierlei. Die hiesigen Bündler kann man drehen wie man will, ohne Tarif sind sie aus unglückseligen Stellungen hergekommen und ohne Tarif sind sie zum Teile wieder gegangen und werden wohl auch noch gehen. Feste feiern, ja, Tariffrage Lebensfrage. Was haben diese Herren nun in dem einen Jahre ihres Hierseins geschaffen, da sie doch in so reichem Maße die Kunst ihrer Vorgesetzten genießen? Und da nun gute Beispiele böse Sitten verderben, so fangen auch andere Druckereien an, mit erhöhtem Eifer dafür zu sorgen, daß die edle Kunst nicht ausstirbt. Und wer trägt Schuld an dem Rückwärtsgange der durch die Initiative des hiesigen Verbandes Ende vorigen Jahres geschaffenen tariflichen Verhältnisse? Im Typograph ist's zu lesen, nicht etwa der Gutenberg-Bund, sondern der Vertreter des Kreises IX, Herr Schlags! Noch einige solche gewerbliche Vertreter wie Herr Jsaac ist und dann kann sich die Regierung das Geld für die Hebung des Gewerbes in Posen sparen, es läßt sich dann nicht mehr haben.

**K. Reichenbach i. Schl.** Vor mehreren Wochen fanden hierseits auf Veranlassung des Buchdruckereibesetzers Boglittel zwei Allgemeine Buchdrucker-Versammlungen statt, welche sich mit der Beschränkung der zum Teile noch bestehenden eifständigen Arbeitszeit und Regelung der Lehrlingsverhältnisse beschäftigten sollten. Außer W. und seinen sechs Gehilfen hatten sich leider zu jeder Versammlung nur der Prinzipal Dittrich und ein Gehilfe eingefunden. Immerhin verließen diese Versammlungen nicht ohne Erfolg, denn D. hat die Arbeitszeit auf zehn Stunden herabgesetzt. Die Beschränkung der Lehrlingszahl war indes nicht zu erreichen. Um letztere herbeizuführen, hat sich nun W. sowohl an das Tarif-Amt wie auch an die Aufsichtsbehörde, den Magistrat, gewandt und letztern ersucht, unter Hinweis auf § 128 der G.-D. sämtliche Prinzipale am Orte aufzufordern, eine Beschränkung der Lehrlingszahl eintreten zu lassen. Die dem Gesuche beigegebenen Motive scheinen den Magistrat von der Notwendigkeit überzeugt zu haben, denn derselbe hat unterm 22. Oktober an die hiesigen Buchdruckereibesitzer eine Verfügung erlassen, nach welcher dieselben fortan nicht mehr Lehrlinge beschäftigen dürfen als der Tarif für Deutschlands Buchdrucker vorschreibt. Demnach dürfen vor 1903 in den hiesigen Buchdruckereien keine Lehrlinge angenommen werden. — Notwendig wäre es, daß auch die Aufsichtsbehörden in Frankenstein, Schweidnitz und Peterswaldau, an welchen Orten eine unglaublich arge Lehrlingszüchterei herrscht

und wofolbst die „tarifstreuen“ Bündler das Zepher schwingen, daran erinnert würden, dem § 128 der G.-D. in den Buchdrucker-Gewerkschaften Geltung zu verschaffen. Die Bündler thun's freilich nicht.

**Strasburg.** (Witwen- und Invalidentasse.) Seit längerer Zeit ist schon zum öftern von den Mitgliedern des Elsaß-Lothringischen Verbandes der Buchdrucker und Schriftsetzer der Gründung einer Witwen- und Invalidentasse das Wort gesprochen worden. Zu der vergangenen Frühjahr abgehaltenen Delegiertenversammlung wurde nunmehr seitens der Bezirksvereine Kolmar, Metz und Mühlhausen ein Antrag auf Gründung einer Witwen- und Waisenkasse eingebracht. Nun aber besteht in Strasburg schon seit 1839 eine derartige Kasse für Buchdrucker und wurde infolgedessen aus der Mitte der Versammlung darauf hingewiesen, daß es nicht angebracht sei, jetzt eine zweite Witwenkasse zu gründen, nachdem der Vorsitzende mitgeteilt, daß genannte Kasse beschaffen habe, ihre Tätigkeit auf ganz Elsaß-Lothringen auszuweiten, wodurch jedem Mitgliede des Verbandes die Möglichkeit geboten sei, dieser Kasse beizutreten. Die Vertreter der Bezirke Kolmar, Mühlhausen und Metz waren damit einverstanden und wurde folglich von der Gründung einer Witwenkasse seitens des Verbandes abgesehen. Die oben angeführte Kasse hat nunmehr ihre Statuten geändert und führt den Titel: Hilfsverein der Buchdrucker und Schriftsetzer in Elsaß-Lothringen für ihre hinterbliebenen Witwen und ihre Invaliden. Der Verein begreift, seine Mitglieder im Falle der Invalidität zu unterstützen, der Witwe eine Rente zu gewähren und im Falle des Ablebens eines Mitgliedes oder dessen Frau einen Beitrag zu der Begräbnungskosten zu leisten. Die gegenwärtigen Invaliden- oder Witwen-Unterstützung beträgt pro Vierteljahr 24 Mk. (mindestens 8 Mk. pro Monat), das Sterbegeld beträgt 50 Mk. für das Mitglied oder dessen direkte Hinterbliebenen. Die Witwen-Unterstützung ist eine lebenslängliche, wenn die Mitgliedschaft zehn Jahre gedauert hat und die Witwe unverheiratet bleibt, andernfalls auf die gleiche Zeitdauer der Mitgliedschaft. Mitgliedschaft kann jeder in Elsaß-Lothringen konditionierende Buchdrucker oder Schriftsetzer werden, sofern er dem Verbands der Elsaß-Lothringischen Buchdrucker und Schriftsetzer angehört und das 45. Lebensjahr noch nicht überschritten hat. Die Aufnahmegebühr ist laut Statut auf 4 Mk. bis 35 Jahre, 8 Mk. bis 40 Jahre und 12 Mk. bis 45 Jahre festgesetzt. Der Beitrag beträgt bis auf weiteres wöchentlich 20 Pf. Für das gute Verhalten der Kasse, welche 1839 gegründet wurde, spricht ihr Alter und ihr Vermögen, welches gegenwärtig 13773 Mark beträgt. Mitglieder zählt die Kasse 125 (nur in Strasburg). 14 Witwen und 5 Invaliden werden zur Zeit unterstützt. Werte Kollegen! Nunmehr ist jedem Mitgliede des Elsaß-Lothringischen Verbandes die Möglichkeit geboten, sich dieser Kasse anzuschließen und sollte kein Kollege veräumen, dies baldig zu thun. Es ist eines jeden Kollegen Pflicht, sich resp. seine Witwe einigermaßen vor Hunger zu schützen, denn nach den heutigen Verhältnissen ist es für einen Arbeiter schwierig, einige Spargroschen für sein Alter zu erübrigen oder für seine Witwe etwas zu hinterlassen. Nur durch Anknüpfen an diese Kasse hätte jeder Kollege die Genugthuung, seiner Witwe eine kleine Rente gesichert zu haben. Auch den ledigen Kollegen ist der Beitritt zu dieser Kasse zu empfehlen, da dieselbe einerseits Invalidentasse, andererseits sich die jüngeren Kollegen auch verheiraten werden können, also diese Zeiten die Aufmerksamkeit sämtlicher Kollegen auf diese Kasse lenken und keiner zurückziehen, dieselbe nach Möglichkeit zu unterstützen. Der Vorstand des Hilfsvereins hat beschlossen, den Herren Bezirksvorsitzenden je zwei Exemplare des neuen Statuts, welches seit 1. Oktober in Kraft, zuzusenden und sind dieselben gebeten, den verehr. Mitgliedern die Statuten auf Wunsch zur Durchsicht zu überlassen. Eventuelle Anmeldungen oder Anfragen wolle man an den Vorsitzenden E. Schrödi in Strasburg-Neudorf, Polygonstraße 23a, richten.

**Paris.** Eine hiesige Firma Zimprerierie Richard, auch Zimprerierie Artistic, bemüht sich fortgesetzt, deutsche Maschinenmeister zu engagieren. Leider ist es dem Herrn gelungen, deutsche Kollegen, und zwar fast alle Verbandsmitglieder, mit seiner Kondition zu beglücken. Seit Anfang August haben vier deutsche Maschinenmeister und ein Seper Stellung dort innegehabt. Zwei andere Maschinenmeister zogen es nach eingeholten Informationen vor, nicht erst anzufangen. Der betreffende Prinzipal stellt derartige Ansprüche und benimmt sich in einer Weise, daß es anständigen Kollegen unmöglich ist, dort zu verbleiben. Der Runstempel muß auch unter Einheimischen bestens bekannt sein, sonst hätte er bei seinen ganz gewöhnlichen Arbeiten nicht nötig, fortgesetzt Ausländer zu suchen, welche mit getäuschten Erwartungen in recht unangenehme Verlegenheiten gelangen. Konditionsstude Kollegen, besonders Maschinenmeister, wollen sich besagte Firma in ihrem eignen Interesse merken und den verlodenden Versprechungen keine Folge leisten, denn in kürzester Zeit würden sie das Schicksal ihrer Vorgänger teilen.

**Gestorben.**  
In Leipzig am 31. Oktober der Drucker Friedrich Otto Berger, 30 Jahre alt.  
In München am 27. Oktober der Seper Max Paulig von dort, 31 Jahre alt.